

Niederschrift

Über die öffentliche Sitzung des Ortsbeirates am Donnerstag, 26.09.2013, 19.00 Uhr, im Hotel Simonis.

Öffentliche Sitzung

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
2. Beratung des Entwurfes des Nachtragshaushaltsplanes 2013
 - a) des Haushaltsplanes 2013 – Investitionen – einschl. Finanzplanung 2014 - 2016
 - b) des Haushaltsplanes 2013 – Ergebnishaushalt – einschl. Finanzplanung 2014 - 2016
 - c) des Vermögensplanes 2013 zum Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes „Stadtentwässerung“
 - d) des Vermögensplanes 2013 zum wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes „Grünflächen- und Bestattungswesen“
3. Antrag der SPD: „Neue Bestattungsformen in Rübenach“/Konzeption für den Friedhof
4. Verschiedenes

Im Anschluss: Einwohnerfragen

Anwesend unter dem Vorsitz der Ortsvorsteherin Kameisis sind die Mitglieder:

-CDU-Fraktion	-SPD-Fraktion	-Bündnis90/Grüne
Helmut Schuch	Christian Franké	Reinhard Alsbach
Thomas Roos	Wolfgang Pelz	
Egon Back		

Herr Franké trifft aus verkehrstechnischen Gründen um 19.50 Uhr ein.

Ortsansässige Stadtratsmitglieder: Marion Lipinski-Naumann, Fritz Naumann
Entschuldigt: Monika Sauer, Andreas Biebricher, Sarah Lipinski, Claudia Kriebs

Frau Kameisis eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ortsbeirats- und Stadtratsmitglieder sowie die Zuhörer.

Die Ortsvorsteherin stellt fest, dass am 17.09.2013 per E.mail frist- und formgerecht zu der Sitzung eingeladen wurde und der Ortsbeirat beschlussfähig ist.

Eine korrigierte Einladung, mit den aktualisierten Unterpunkten des Nachtragshaushaltsplanes und die Beratungsunterlagen des Nachtragshaushaltes, wurden den Mitgliedern per Bote zugestellt.

Die Veröffentlichung in der Rhein-Zeitung erfolgte am 25.09.2013.

Die Niederschrift der letzten Sitzung ist den OBR-Mitgliedern per E-mail am 23.07.2013 zugegangen.

Auf die Frage, ob es Einwände gegen die Niederschrift gibt, gibt es keine Wortmeldung.

An dieser Stelle setzt die OV den OBR in Kenntnis, dass Claudia Kriebs in einer E-mail mitgeteilt habe, sie sei in der letzten Niederschrift nicht gut wiedergegeben worden.

Außerdem möchte sie, dass ein Zusatz bezüglich eines Wortbeitrages zum Jugendraum eingefügt werde.

Die OV gibt zu Bedenken, dass es sich um ein Ergebnisprotokoll handele und es daher schwierig sei eine Debatte wortwörtlich nieder zu schreiben. Sie habe auch nicht gesagt, dass eine bestimmte Äußerung im Protokoll aufgenommen werden solle.

Leider sei Frau Kriebs nicht da um sich zu äußern.

Herr Schuch wertet das als einen offiziellen Einwand.

Die OV ist nicht dieser Meinung. Solche oder ähnliche Diskussionen würden wiederholt geführt.

Es könne nun mal nicht jedes gesagte Wort in der Niederschrift stehen.

Marion Lipinski-Naumann regt an, die Form des Protokolls kurz zu halten, als reines Ergebnisprotokoll und das Abstimmergebnis festzuhalten. Dann würden solche Diskussionen vermieden.

Die OV ist der Meinung, dass dann die Leser der Niederschrift, z.B. im Internet, mit einer Kurzform wenig anfangen können. Wenn der OBR über seine Sitzungen so berichte, dass auch die Leser ausreichend über das Ortsgeschehen informiert werden, bliebe nur die etwas ausführlichere Version.

Helmut Schuch meldete ebenfalls in einer E-mail, dass in der letzten Niederschrift auf Seite 8 ein Datum falsch notiert sei. Es müsse 16.01.2013 statt 16.03.2013 heißen. Außerdem bemängelte er bei TOP 3 „Franz-Mohrs-Halle“ einen Formfehler im Antrag der SPD und daraus folgernd, auch im dem abschließend formulierten Beschluss.

Die OV bestätigt das falsche Datum (Schreibfehler) in der letzten Niederschrift. Es wird eine handschriftliche Korrektur erfolgen.

Was den Formfehler bei der Beschlussformulierung betreffe, so kann die OV keinen erkennen.

Die Stadtverwaltung wisse sicher was zu tun sei. Eine Rückfrage der Verwaltung diesbezüglich sei auch nicht erfolgt.

Herr Naumann bestätigt, dass der Antrag bereits im Ausschuss vorgelegen habe.

Es gibt keine Einwände zur Tagesordnung.

Es gibt keine Anträge zur Tagesordnung.

Egon Back möchte wissen, warum die Veröffentlichung in der Rhein-Zeitung abweichend von der korrigierten Einladung sei.

Um fristgerecht Einladen zu können, so Frau Kameisis, habe sie die Ziffern der letzt jährigen Haushaltsunterlagen übernommen. Diese seien aber um eine Ziffer erweitert worden, wie sie bei Eingang der Unterlagen feststellen musste.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

TOP 1: Mitteilungen

1. Jugendtreff

Frau Unkelbach habe zusammen mit Herrn Hehl vom Schulverwaltungsamt und der Schulleiterin Frau Riebenstahl gesprochen.

Im linken Teil des Gebäudes gebe es einen Raum, der getrennt zugänglich gemacht werden könnte.

Er hätte eine Größe von 15 – 18 qm. Hier befinde sich die Küche. Diese müsste verlegt werden.

Es gebe einen Abstellraum der zum WC umgebaut werden könnte. Der sei aber so klein, dass keine getrennten Toiletten für Jungen und Mädchen möglich seien.

Das alles sei mit Kosten verbunden.

Weitere Räume wären für den Schulbetrieb unverzichtbar.

Nach alledem sei zu sagen, so Frau Unkelbach, dass leider diese Möglichkeit ausgeschlossen werden müsse.

2. Bushaltestellen und Einbahnstr. Lambertst.

Auf Anregung in der letzten OBR-Sitzung hatte die OV die Fachämter kontaktiert.

Das Ergebnis:

1. Lambertstr. – Teilstück Einbahnstr.

Nach erster Einschätzung (am Schreibtisch) fällt Herrn Breitenbach keine mögliche Variante zur Verbesserung der Sachlage ein. Er wolle sich die Situation aber vor Ort ansehen. Bisher sei diesbezüglich aber noch keine Rückmeldung erfolgt.

2. Bushaltestellen in Rübenach

Da die Gehwegbreiten unter 3,00 m liegen, lassen die geltenden Regelwerke das Aufstellen eines Witterungsschutzes nicht zu. Das sei auch in anderen Stadtteilen so. Dass die Fahrgastinformation schwer lesbar sei, wäre bedauerlich; die Installation einer Beleuchtung aber aus wirtschaftlicher Sicht nicht darstellbar.

3. OB-Sprechstunde am 19.09.2013 in der OV-Rübenach

Zu diesem Termin erschien kein einziger Rübenacher Bürger, worauf der OB meinte, die Rübenacher wären wohl wunschlos glücklich.

Die OV meinte, dass die Rübenacher eher resigniert hätten. Die Wünsche der letzten Jahre seien immer noch nicht erfüllt und hätten auch weiter Bestand.

Die, im letzten Jahr vorgetragenen Wünsche seien noch nicht erledigt und hätten weiterhin Geltung. Man denke dabei an den Gehweg Anderbach, den Jugendraum, die Verkehrsberuhigung usw. Die Stadt würde viel von Rübenach nehmen. Es wäre schön auch einmal etwas zurück zu bekommen.

4. Kirmes, Ehrungen am Kriegerdenkmal

Laut Anruf der Verwaltung sei der Kranz für die Ehrung zu teuer. Es müsse gespart werden. Es gebe entweder ein Gesteck oder einen Bestellschein im Wert von 68,00 Euro. Sollte jemand einen Kranz wünschen, müsse der Restbetrag aus eigener Tasche dazu gegeben werden. Dieses Jahr zahlt die Stadt noch einmal.

Die OV wies die Stadt darauf hin, dass dies, laut Eingemeindungsvertrag, Rübenach zustünde. Die Stadt habe aber einen diesbezüglichen Beschluss gefasst und es gebe keine Ausnahme für Rübenach.

TOP 2 Beratung des Entwurfes des Nachtragshaushaltesplanes 2013

- a) des Haushaltsplanes 2013- Investitionen – einschl. Finanzplanung 2014 - 2016
- b) des Haushaltsplanes 2013- Ergebnishaushalt – einschl. Finanzplanung 2014 - 2016
- c) des Vermögensplanes 2013 zum Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes
„Stadtentwässerung“
- d) des Vermögensplanes 2013 zum Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes
„Grünflächen- und Bestattungswesen“

Bei den Punkten b und d ist für Rübenach nichts zu beraten. -Fehlanzeige-

Frau Kameisis trägt die einzelnen Maßnahmen des Entwurfes vor, die Rübenach betreffen.

Im Wesentlichen handelt es sich um Übertragung von Haushaltsmitteln, die in 2013 nicht verbraucht wurden, auf 2014. Neu hinzugekommen sind Planungsmittel für die L 52 neu, Nordtangente und den inneren Durchbruch Metternich (Verbindung L 52 neu ab der Bahnlinie.)

Die OV gibt zu Bedenken, dass bei der Maßnahme „Ausbau KITA“ darauf zu achten sei, dass nicht die Rücklage für den Spielplatz „In der Klaus“ verwendet werde.

Marion Lipinski-Nauman fände bei diesem Punkt eine kritische Nachfrage gut.

Die OV schlägt vor, Mittel für die Überteuerung der Bahngleise in der Aachener Str. und der Lambertstr., im Nachtragshaushalt 2013 als Verpflichtungsermächtigung für 2014 zu beantragen, damit die Arbeiten unverzüglich nach der Frostperiode in Angriff genommen werden können.

Frau Kameisis erinnert daran, dass der Antrag bereits vor 2-3 Jahren gestellt worden sei. Nach endlos langen Prüfungen der Zuständigkeit, auch im Bezug auf die anfallenden Kosten, war dann im Herbst letzten Jahres klar, dass die Stadt dafür zuständig sei. – Aber, die Mittel könnten nicht aus dem Titel Straßenunterhaltung entnommen werden, dafür müssten Mittel beantragt werden. Für die Mittelanmeldung 2013 wäre es zu spät, weshalb der OBR diese jetzt beantragen sollte.

Seitens der Stadträte wird bezweifelt, dass die Bahngleise im Zuständigkeitsbereich der Stadt liegen.

Frau Kameisis betont, das habe sie schriftlich.

Herr Naumann schlägt vor, zunächst nur Mittel für den Bahnübergang Lambertstr. zu beantragen, um damit zu prüfen ob das wirklich Sache der Stadt sei.

Die einzelnen Positionen werden im Beschluss zusammengefasst und lauten:

Der Ortsbeirat stimmt dem Entwurf des Nachtragshaushaltes 2013

- a) des Haushaltsplanes 2013- Investitionen – einschl. Finanzplanung 2014 - 2016
- b) des Haushaltsplanes 2013- Ergebnishaushalt – einschl. Finanzplanung 2014 - 2016
- c) des Vermögensplanes 2013 zum Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes „Stadtentwässerung“
- d) des Vermögensplanes 2013 zum Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes „Grünflächen- und Bestattungswesen“

zu, jedoch unter folgenden Voraussetzungen.

- Es soll sichergestellt werden, dass die Mittel für den Ausbau der U 3 Gruppe der Kita St. Mauritius – hier Einnahmen aus Entgelten aus dem Baugebiet „In der Klause“ – nicht die Rücklagen für den Bau des dortigen Spielplatzes betreffen.
- Es soll eine Verpflichtungsermächtigung für 2014 in Höhe von 25.000 Euro für die
- Überteerung der Bahngleise, zunächst in der Lambertsraße, eingestellt werden, damit diese Arbeiten unverzüglich nach der Frostperiode in Angriff genommen werden können.

Der Beschluss wird mit 5-Ja Stimmen einstimmig angenommen

TOP 3 Neue Bestattungsformen in Rübenach, Antrag der SPD Fraktion

Die OV erklärt, dass dieses Thema bereits vor einiger Zeit behandelt worden sei. Vordergründig wäre es zwar um eine Urnenwand gegangen, aber auch andere Möglichkeiten seien angesprochen worden.

Neue Varianten von Bestattungsformen seien nur auf Bezirksfriedhöfen möglich – so das Amt für Bestattungswesen. Das habe auch mit den Kosten der Stadtteilstadtfriedhöfe zu tun.

Kürzlich wurde aber auf der rechten Rheinseite dem Ortsbeirat die Zusage erteilt, dass dort Urnengräber mit einer kleinen Namenstafel auf einer Rasenfläche und einem zentralen Denkmal angelegt werden könnten.

Das sei auch für Rübenach eine Alternative zu einem anonymen Urnen- oder einem sog. Urnenkissengrab.

Soweit zur Vorgeschichte – jetzt zum Antrag der SPD:

Im Antrag wird darauf hingewiesen, dass verschiedene Entwicklungen in der Gesellschaft auch Auswirkungen auf den Bereich Bestattung und Grabpflege haben. Der Trend gehe hin zu

pflegeleichten Gräbern. Leider sei auch hier in Rübenach die Pflege vieler Gräber nicht mehr gewährleistet, aus verschiedenen Gründen.

Eine sinnvolle Reaktion auf die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen wäre, evtl. das Angebot eines Urnengrabes inkl. der Pflege für 20 Jahre.

Die SPD Fraktion im OBR Rübenach beantragt daher, die Verwaltung zu beauftragen, Angebote in dieser Richtung zu erarbeiten und dem OBR sowie den Fachausschüssen der Stadt vorzustellen.

Die Ortsvorsteherin bittet um Wortmeldungen.

Marion Lipinski-Naumann merkt an, dass es in der Stadtverwaltung riesige Diskussionen über die Stadtteilmfriedhöfe gebe. Von diesen würden nur drei positiv wirtschaften und müssten die Anderen mit unterhalten. Sie ist der Meinung, dass die Tatsache der vielen Auswärtsbeerdigungen, auch von Rübenacher Verstorbener, die Sache nicht vereinfache.

Es wäre auf jeden Fall genügend Platz auf dem Rübenacher Friedhof um neue Konzepte umzusetzen.

Bei Kissensteingräber sei zu bedenken, dass sie sehr teuer seien. Die Kosten belaufen sich auf ca. 1.400 – 1.500€.

Es gebe aber auch die Möglichkeit eines Sammelgrabes. Eventuell mit einer Säule für die Namen der Verstorbenen.

Helmut Schuch spricht die Pflege der Urnengräber an. Es müsse nicht unbedingt durch die Stadt gepflegt werden. Diese könne auch durch private Firmen erfolgen.

Außerdem ist er der Meinung, dass es ein Eigentor sein könnte die Stadt ein Konzept erarbeiten zu lassen. Lieber sollten eigene Vorschläge vorgelegt werden.

Es könnte sonst schnell eine Entwidmung auf dem Tisch liegen.

Christian Franké weist darauf hin, dass es hier auch um eine alternative Gestaltung gehe, die kostengünstig sei. Eventuell mit der Möglichkeit eines Pauschalbetrages für die Dauerpflege.

Dies könne von der Stadt ausgeschrieben werden.

Marion Lipinski-Naumann und Reinhard Alsbach bemängeln beide die scheinbar wahllosen Leerplätze auf dem Friedhof.

Die OV erklärt, dass das Garten- und Friedhofsamt die Leerstellen mit Erde auffüllt und Rasen einsät. Durch den Personalmangel in der Stadt habe sie deshalb auch schon Herrn Harry Kray für einige Stunden pro Woche zur Verfügung gestellt, um wenigstens grob das Unkraut auf den Wegen entfernen zu lassen.

Egon Back will wissen ob nur in Rübenach die Pflege des Friedhofes so schlecht sei.

Die OV erklärt, dass die Pflege der Friedhöfe überall gleich schlecht sei.

Christian Franké meint, dass es in Metternich besser aussehe. Dort würden aber viele Privatleute mehr tun. Nicht nur die eigentliche Grabpflege.

Die OV meint abschließend, dass es, bedingt durch die gesellschaftlichen Veränderungen, sinnvoll sei, wenn dem OBR neue Bestattungskonzeptionen durch das Garten- und Friedhofsamt vorgestellt würden.

Der OBR beschließt den Antrag der SPD:

„Berichterstattung der Verwaltung zum Thema Konzeption für den Friedhof Rübenach“

Abstimmung: 6 Ja 0 Nein 0 Enthaltung
(Anmerkung: Herr Franké ist inzwischen eingetroffen)

TOP 4 Verschiedenes

Die OV teilt mit, dass die Hauhaltsberatungen der Stadt vom 04.11 – 08.11 21013 stattfinden. Deshalb schlägt sie als Termin für die nächste OBR Sitzung den Mittwoch, 06.11.2013, 19.00 Uhr vor.

Dieser Termin wird vom OBR angenommen.

Helmut Schuch weist noch einmal mit Nachdruck auf einen Besuch des Druckhauses der Rhein-Zeitung hin. Dieser Besuch sollte von der Terminierung früher stattfinden und nicht wie in der letzten Sitzung angedacht im Frühjahr 2014.

Der OBR einigt sich auf Dienstag, 21.01.2014 als Besichtigungstermin. Helmut Schuch will die Organisation übernehmen.

Es soll noch eine Veröffentlichung in „unser-ruebenach.de“ erfolgen, um interessierten Bürgern die Möglichkeit zu geben daran teilzunehmen.

Helmut Schuch erwähnt die Demo „Nordtangente“. Diese Sache wäre sehr wichtig gewesen und hätte besser besucht sein können. Außerdem sei er nicht überzeugt, dass die Verkehrsprobleme in Rübenach gelöst würden, sondern eher nur in Metternich.

Die OV bestätigt, dass dies auch bei der Kundgebung durch Herrn Biebricher deutlich zum Ausdruck gebracht worden sei. Erst die Umgehung „Hengstthof“ schaffe für Rübenach Abhilfe.

Reinhard Alsbach gibt zu Bedenken, dass seit Beginn der Planung „Nordtangente“ der Verkehr rapide zugenommen habe.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr.
Ende der öffentlichen Sitzung um 20.18 Uhr

Einwohnerfragen

Frau Kameisis begrüßt die anwesenden Bürger und bittet um Wortmeldungen.

Herr Becker spricht die Situation auf dem Friedhof an und bemerkt, dass es auf allen Friedhöfen unschöne Leerstellen gibt. Die Kissensteingräber hält er, was die Pflege angeht, für schlecht. Auf den Friedhöfen in Koblenz, z.B. Astein, seien die Gräber zugewachsen und mit Wachs verfleckt. Seiner Meinung nach mangle es an der nötigen Pflege und an etlichen Eimern Split um die Löcher zu stopfen.

Herr Meuer bemängelt auch die fehlende Pflege und kritisiert die Arbeitsmoral. Was die Kissensteingräber betreffe, habe er darauf schon Kinder Fußball spielen sehen, von Hunden gar nicht zu reden.

Er wundere sich auch darüber, dass Koblenz zwar ein Krematorium habe, aber die meisten Bestatter nach Dachsenhausen gingen. Scheinbar würde hier eine Fangprämie gezahlt.

Es wäre gut, wenn die Stadt dies einmal erklären könnte.

Herr Meuer betont, dass eine Zusammenlegung der Friedhöfe für die ansässigen Bestattungsfirmen ein ganz klarer Wettbewerbsnachteil sei. Er ist auch der Meinung, dass der Vorschlag für ein neues Konzept vom OBR kommen muss und nicht von der Stadt.

Fritz Naumann merkt an, dass es nicht gut sei, pauschal über die Arbeitsmoral von Personal zu urteilen. Es sei in Koblenz viel Grünfläche im Zuge der Buga dazugekommen, die vom Personal zusätzlich bearbeitet werden müsse.

Herr Behr äußert sich zum Besuch des Druckhauses der Rhein-Zeitung. Er habe dieses selber besucht und sei begeistert. Er verstehe nicht die Diskussion um einen Besuch des OBR.

Die OV weist darauf hin dass es nur um eine Terminfindung gegangen sei.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

Frau Kameisis beendet die „Einwohnerfragen“ um 20.34 Uhr.

Sie bittet die Besucher zu gehen, wegen der nachfolgenden nicht öffentlichen Sitzung.

Die Ortsvorsteherin
K. Kameisis

Protokollant
A. Reif